

# Überreicher Volksbote.

## Organ für die Interessen der sozialen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 925

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Überreicher Volksbote“ erscheint täglich abends (außer am Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Joachimstraße Nr. 50/52, und die Post zu bestehen. — Preis vierzehn Pfennig mit 1.60. Monatlich 66 Pf. — Postleitzahl Nr. 4082 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Beilage oder deren Teile 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 1 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 44.

Donnerstag, den 22. Februar 1906.

13. Jahrg.

Übersicht einer Sitzung.

### Rückfrage vom Wahlrechtsraub.

Der Wahlrechtsraub, den die Lübecker Bürgerschaft im Einvernehmen mit dem Senat im vorigen Jahre an den unübermittelbaren Bevölkerungsschichten vorgenommen hat, bildete den Mittelpunkt der Debatten, die am Montag abend im Rathause gepflogen wurden. Es stand zwar auf der Tagesordnung der Bürgerschaftsversammlung noch keine abweichende Aenderung des Bürgerschaftswahlrechts, aber man wollte den Erwerb des Bürgerrechts er schwächen, und diese Gelegenheit ließen sich unsere Genossen selbstverständlich nicht entgehen, um den Herren Wahlrechtsraubern einige bittere Wahrheiten zu sagen.

Der Besuch der Bürgerschaftsversammlung war, was die Traditionen anlangt, stark; im Saal schied jedoch etwa ein Viertel der „erstklassigen“ Vertreter. Die Freuden hatten jedenfalls keine Lust, sich von den Abgeordneten der Proletarier die ganze Schöpfkraft ihrer Handlungswise vom August vorigen Jahres vor Augen führen zu lassen. Doch sollten sie sich vielleicht ihrer damaligen Handlungswise schämen? Das ist bei unserm modernen reaktionären hanseatischen Bürgertum doch wohl ganz ausgeschlossen.

Die eigentliche Wahlrechtsdebatte wurde eingeleitet von unserem Genosse Wissell. Inflammender Rede gefielte er die ganze Nichtigkeit der vorjährigen sogenannten Wahlreform, durch welche Lübeck drei Arten von Bürger erhalten hat, nämlich solche, denen man das Recht mit Schießen gibt, ferner solche, denen man es mit Teeöffeln verabreicht, und schließlich Bürger, die überhaupt kein Wahlrecht besitzen. Ja der Begründung seiner Vorlage, der Erhöhung des Bürgerrechtsvertrags erklärt nur der Senat, es werde vielfach unleidlich empfunden, daß eine große Anzahl Bürger ohne Wahlrecht sei; um diesem Unheil stande zu begegnen, will man nicht den Leuten, die den Mangel an Wahlrecht unleidlich empfinden, das Wahlrecht geben, sondern man beschreibt, die Möglichkeit des Bürgerrechtsvertrags zu erschweren. Genosse Wissell brachte dies Verfahren in treffender Weise. Er betonte, daß man doch nichts dagegen habe, wenn Bevölkerung und Notare zwar Bürger seien, aber kein Wahlrecht besitzen. Ja, Bauer, das ist auch ganz etwas anderes! Mit Recht wies unser Redner darauf hin, wie sehr durch die reaktionären Maßnahmen der Bürgerschaft der Haß gegen die bessende Klasse, die mit der Arbeiterschaft glaubt Schindluder treiben zu können, gewachsen sei. Schaf kritisiert wurde die Praxis des Bürgerausschusses, der auch den Bürgern, die nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes wahlberechtigt sind, das Wahlrecht nehmen will, wenn sie für ein oder zwei Quartale Gütererlos erhalten haben. Man kann nur annehmen, daß die Manie, soviel Arbeiter als möglich rechtslos zu machen, den Bürgerausschuss hierbei geleitet hat. Dass man die Armut durch die Entziehung des Wahlrechts bestrafen will, hat Dr. Wenck recht deutlich zum Ausdruck gebracht, der zugab, daß es beachtlich gewesen sei, Leute, die keine höflichen Schalbner sind, die aber aus Not einen Offiziersfeld geleistet haben, zu entrichten. Um das wieder gut zu machen, was die Bürgerschaft im vorigen Jahre gesündigt hat, hatte Wissell einen Antrag eingebracht, nach welchem allen unbescholtene 20-jährigen Bürgern das Wahlrecht verliehen wird und alle entgehnenden Gesetze aufgehoben werden. Wie vorauszusehen war, blieb die Bürgerschaft den Versuchen gegenüber, dem Volke zu seinem Recht zu verhelfen, lächelnd bis ans Herz hinan. Nicht ein einziger bürglicher Abgeordneter stimmte dem Antrage Wissells zu.

Mit der Rede Wissells, die vielfach von Zwischenrufen und Lachen unterbrochen war, hatte die Debatte ihren Höhepunkt erreicht. Die Erwiderung Senator Dr. Neumann, die ohne jeden Pathos vorgebracht wurde, bot keine besonders interessanten Momente. Was er ansprach, ist im vorigen Jahre bereits einmal gesagt worden. Ein Scherz sollte es wohl sein, als der Herr Senator mit Bezug auf das Wahlrecht meinte, Ungleichheit sei keine Un gerechtigkeit. Ob dieselbe Empfindung bei ihm wohl vorhanden wäre, wenn er anstatt bevorrechtigt, minderen Rechts geworden wäre? Wir glauben das kaum.

Zu einem Phrasen ersten Ranges hat sich Baudirektor Stiller ausgebillet. Das ging aus seinen ebenso hohen wie pathetischen Ausführungen hervor, mit denen er die Machinationen der Lübecker Reaktionäre zu beschuldigen versuchte. Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen, erklärte er. Natürlich gilt als Gewicht der Geldsack. „Was hier beschlossen wird, ist Recht, und Recht kann niemals Unrecht sein!“ Solchen Unsan hörten natürlich die Mitglieder der Bürgerschaft gern, und nichts war erklärlicher, als daß dem Baudirektor lärmisch zugejubelt wurde. In uns lehte jedoch die Erinnerung auf an jene Zeit, wo Stiller als

freisinniger Reichstags-Kandidat um die Stimmen der selben Arbeiter batte, die jetzt mit Zuschriften regaliert. Damals sollten die Stimmen nur gezählt und noch nicht gewogen werden. Gießt und ißt!

Unsere Genossen Schwarz und Wissell, sowie Herr A. Pape traten den Reden der Wahlrechtsfeinde noch einmal scharf entgegen, bevor die Bürgerschaft ihren Streich gegen die Lübecker Arbeiterschaft durch die Verschlechterung des Bürgerrechtsvertrags vollzogene. Dafür, daß die Freude an dieser Heldentat in jenen Kreisen nicht allzu groß wird, werden wir schon sorgen.

Die übrigen Senatsanträge, welche der Bürgerschaft zur Beratung vorlagen, wurden durchweg ohne wesentliche Debatte erledigt. Beim Neubau der Puppenbrücke machten unsere Genossen schwere sanitäre Bedenken gegen die Abschaltung des Stadtgrabens geltend. Scharf gerüstet wurde es, doch nicht längst eine Vorlage betr. den Bau des unbedingt notwendigen Sieles für St. Lorenz der Bürgerschaft zugegangen sei.

Der Antrag A. Pape betr. Unterstüzung der notleidenden Deutschen in Rußland wurde von der Versammlung abgelehnt. Geheimrat Brecht hielt dazu die lange und nicht gerade kurzweilige Grabrede; er gab auch seiner Freude darüber Ausdruck, daß unsere Genossen diesen Antrag, der nationalen Geschäftspunkten entsprechend sei, mit unterschrieben hätten. Aus diesem Himmel wurde er jedoch durch unseren Redner gerissen, der erklärte, die Sozialdemokraten hätten den Antrag Pape nur unterschrieben, um einen Abänderungsantrag stellen zu können, nach welchem das Geld den Opfern der russischen Revolution zugute kommen soll. Der Vorsitzende Dr. Götz betrachtete diesen Antrag jedoch als einen selbständigen und stellte die Unterstüzungfrage. Hiergegen protestierte Genosse Wissell wiederholt scharf, so daß ihm schließlich das Wort entzogen wurde. Nach unserem Dafürhalten ohne jeden Grund, denn der Hinweis darauf, daß der von Schwarz eingereichte Abänderungsantrag nur ein solcher sei und nicht bei Unterstüzung bedürfe, war zweifellos geschäftsordnungsmäßig zulässig. Es hat somit den Anschein, als ob Herr Dr. Götz den Sozialdemokraten gegenüber mit allen Mitteln seine Aufsicht zur Geltung bringen will, auch wenn ihm, wenigstens u. G., die Geschäftsordnung dazu keine Hand habe bietet.

Gegen 10<sup>Uhr</sup> fand die Bürgerschaftssitzung, die sehr interessante Momente aufwies, ihr Ende. Wenn auch nicht bei bürgerschaftlichen Wahlrechtsstreiten, so doch im großen Volle werden die Ausführungen unserer Genossen lebhafsten Widerhall finden.

### Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Liberalen haben sich wieder einmal gezeigt — so lange wie es dauert. Auf einem am Sonnabend und Sonntag in Berlin abgehaltenen Delegiertentag der freisinnigen Vereinigung teilte der Vorsitzende, Abg. Schröder, in der Begrüßungsansprache mit, daß angehobene Abgeordnete der beiden freisinnigen Parteien und der süddeutschen Volkspartei Grundsätze für ein gemeinsames Programm aufgestellt hätten, der Vorstand habe sie geprüft und sei der Meinung, daß sie eine gute Grundlage für ein gemeinsames Handeln der Liberalen bilden. Die Einigungsresolution wurde von dem Delegiertentag einstimmig angenommen.

Kaum ist diese Nachricht in die Welt gegangen, da erscheint auch schon das Organ der Freisinnigen Volkspartei, die „Freie Deutsche Presse“ auf dem Plan und erklärt, wenn auch nicht offen, so doch verdeckt, die Behauptung des Abg. Schröder für — Schwindel. In einem Artikel bemerkt das Blatt auf Grund eingeröster Informationen, daß die Leitung der Freisinnigen Volkspartei von solchen Verhandlungen keine Kenntnis habe und die Fraktion der Partei nicht durch Delegierte bei denartigen Vereinigungen beteiligt gewesen seien. Die so heftig und oft ersehnte Einigung der Liberalen ist nun wieder einmal zu Wiederholung gekommen. Die Annahme des Einigungsprogramms seitens der Freisinnigen Vereinigungsteile war also „für die Kugel“.

Zu Nebenlügen ist es interessant, zu erfahren, wie denn nun das Organ der Freis. Volkspartei über die „Einigungsresolution“ urteilt. Es kennzeichnet dieselbe recht zutreffend wie folgt: „... Ja der Hauptzweck aber besteht das Einigungsprogramm der Freisinnigen Vereinigung aus allgemeinen Sätzen, die in ihrer Allgemeinheit nicht bestreiten sind, mit denen aber in der praktischen Politik wenig oder gar nichts anzufangen ist. Gerade diejenigen Fragen der Politik, die jetzt — und wohl auch für das nächste Jahrzehnt — im Vordergrund der Erörterungen stehen, sind in dem Programm nicht erwähnt, sondern nur in schattenhaftem Umrissen angedeutet. So ist von der

Kolonialpolitik mit keiner Silbe die Rede. Auch in Bezug auf Heer und Flotte kommt das Programm über Allgemeinheiten nicht hinaus. Sogar zur Frage der Festhaltung der Präsenzstärke wird keinerlei Stellung genommen. Wir glauben nicht, daß das Programm mehr ist als eine akademische Zusammenfassung von allgemein geteilten liberalen Anschauungen; für die praktische Politik ist es schon deshalb von geringer Bedeutung, weil jeder praktisch mitwirkende Politiker sich gerade die Hauptstreitsachen nach Belieben deuten kann und somit also eine Einigung nicht erzielt wird.“

Ein Sozialistengesetz in Vorbereitung? Ja der Sonnabend-Sitzung des Abgeordnetenhauses rührte der freikonservative Abgeordnete Lüdicke an den Justizminister die Frage, welche gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Gebiete des Justizwesens herangezogen werden könnten. Der Minister habe ja bei der ersten Beratung des Staats zugestellt, daß er Erwägungen hierüber anzustellen beabsichtige. Nach dem Bericht des „Reichsanzigers“ antwortete der Justizminister folgendermaßen:

„Es handelt sich zunächst um die Bekämpfung der Sozialdemokratie. Meine Herren, ich habe sofort, als die Sache hier zur Sprache gekommen war, Veranlassung bekommen, die Staatsanwälte auf den von mir vertretenen und als richtig erkannten Standpunkt hinzuwisen. Welcher Art im übrigen die Erörterungen innerhalb des Staatsministeriums sein werden, kann ich natürlich nicht wissen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkte zu dieser Episode das Folgende:

„Betrifft des Vorgehens gegen die Sozialdemokratie habe er (der Justizminister) bereits bei der Generaldebatte zum Stot ergangene Ursachen dahin beantwortet, daß die bestehenden Gesetze mit voller Strenge angewendet werden sollen. Darauf beschränkten sich allerdings die Erörterungen im Schilde des Staatsministeriums nicht, über sie aber etwas mitzuteilen, sei er nicht in der Lage. Man werde abwarten müssen, ob und was darüber für die Öffentlichkeit hervorgehen werde.“

Das konervative Organ gibt also zwischen den Zeilen zu verstehen, daß sich das preußische Ministerium bereits mit der Frage eines neuen Sozialistengesetzes beschäftigt habe. Darüber, welcher Art dies Sozialistengesetz sein werde, macht es allerdings keine näheren Angaben. Da nun sowohl der Reichskanzler als auch Graf Posadowsky in letzter Zeit wiederholt erklärt haben, daß ein Vorgehen gegen die Sozialdemokratie auf reichsgelehrtem Boden nicht beabsichtigt sei, könnte man vermuten, daß der Landtag wieder einmal zu einem Attentat gegen die Volksrechte missbraucht werden soll. Gleichzeitig hoffen die Reaktionäre auf Verschlechterung des Sicherheitsgesetzes, wie es im Jahre 1897 durch die Ley-Recke geplant war. Die preußische Regierung hatte damals den „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung und Änderung von Bestimmungen für Vereine und Versammlungen“ eingebracht, durch die der Polizeibehörde das Recht eingeräumt werden sollte, Versammlungen, welche den Strafgesetzen widersprechen, insbesondere die Sicherheit des Staates oder den öffentlichen Frieden gefährden“, aufzulösen. Auch sollten Minderjährige in Zukunft an den politischen Versammlungen nicht mehr teilnehmen dürfen, während das geltende Gesetz nur Schüler und Schülerinnen der Teilnahme an solchen Versammlungen ausstieß. Die Freikonservativen bemühten sich damals, diesen Gesetzentwurf noch mehr auf den „Umfang“ zuzuschneiden. Die freikonservative Fraktion schlug nämlich folgende Mittel vor:

„Art. I: Versammlungen, in welchen anarchistische, sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umfang der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Versammlungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zutage treten, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde aufgelöst werden.“

Art. III: Vereine, in welchen anarchistische, sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umfang der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Versammlungen in einer die öffentliche Sicherheit, insbesondere die Sicherheit des Staates gefährdenden Weise zutage treten, können von den Abgeordneten der Polizeibehörde geschlossen werden.“

Dasselbe gilt von Vereinen, welche die Verbreitung eines Teiles des Staatsgebietes vom Ganzen erstreben oder verbreiten.“

Es bleibt abzuwarten, in welcher Form die Regierung das preußische Vereinsrecht zu verkümmern resp. aufzuheben

beabsichtigt oder nach welcher Richtung hin sich sonst ihre Absichten bewegen. Auf alle Fälle wird diese unerhörte Verhöhnung der körigischen Volksrechte durch das Dreiklassenparlament für die Arbeiterklasse ein neuer Auspont sein, ihr Kampf gegen diese Karikatur einer Volksvertretung um so energischer aufzunehmen!

Aus dem Reichstage. Der Reichstag beendete am Dienstag die Beratung des Posadowsky-Etats. Eine längere Debatte zellte dabei nur die vorstüfig und bis auf weiteres unchristlich lehre Forderung für die fahrene Höhödagsburg. Große Bedeutung deckte den engen Zusammenhang dieser modernen Nationalrestaurierungen mit den Karmopfanzungen im Tiergarten und mit der ganzen Neuromantik auf, die in der offiziellen deutschen Politik nicht minder in der deutschen offiziellen „Kunst“ herrscht, bei der die Ausführungsstilistische das einzige Ideal sind. Graf Posadowsky verteidigte die Position so gut und so schlecht er eben konnte. Der ja sonst ganz verständige Mann muss eben alle möglichen Dinge vertreten und man hat manchmal den Eindruck, daß er längst seine Staatschreiberstelle aufgegeben hätte, wenn er Junggeselle wäre und nicht als Familienvater für zahlreiche heiraftsfähige Töchter zu sorgen hätte. Der alte Karthoff, der in Frankreich ein ganz gutes Urteil besitzt, schaut auch an Rahmenrestaurierungen keinen befriedezaufschlag zu finden. Dagegen übten sich die Abgeordneten v. Staudy und Schumann gegen im Hurrascheinen. Die Erwähnung des unumstößlich stehenden Tatsache, daß der in Gott entzogene Friedrich Wilhelm III. die Erfüllung seines Verfassungsversprechens hartnäckig vergessen hat, tung Genossen Ledebour einen Ordnungsruf des Präsidenten Grafen Ballistrem ein. Sämtlich wurde der Titel, gegen den sich übrigens auch der Freisinnige Dr. Müller-Sagan mit leidlicher Entschiedenheit erhärtete, gegen die Stimmen der Blauen angenommen.

Noch in später Abendstunde begann das Haus mit der Beratung des Jußizetats. Der nationalistische Wassemann hielt eine Rede, die manche unnehmbare Ausschreibungen und Forderungen enthielt. Um die Frage der Schwurgerichte freilich ging der Mainheimer Reichsanwalt und Gestaltenscherneffe herum, wie die Stühle um den heißen Stiel. Sachlich gut, aber schrecklich langweilig, sprach der Volksparteier Wasmann. Ein Herr v. Dicksen, durch Vorstech in der Wahl seiner Eltern vor den meisten Abgeordneten ausgezeichnet, benutzte die Reichstagstribüne, um eines jener Staatsanwalt zu denunzieren, der das größtenteils Verbrechen begangen hat, ein überall sozialdemokratisches Wahlbündnis in Anregung gebracht zu haben. In einer persönlichen Bemerkung zog Herr v. Eickhoff, den pp. Dicksen mit Unkenntlichkeit angepöbelt hatte, zwischen diesem und einem gewissen Grantier einen für das letztere ungerechten Vergleich. Es ist anzuerkennen, daß der Staatssekretär Dr. Niederding auf des pp. Dicksen Denunziation nicht reagierte und auch zu einer neuen Hinzerlet keine besondere Neigung zu verspüren scheint. Überzeugt werden noch des Staatssekretärs eigenem Augen, die sämtlichen Justizreformen in dem bekannten Tempo des österreichischen Landgerichts erfolgen. — Am Mittwoch kommt die zweite Lesung unseres Wahlrechtsantrags.

Die Fahrkartensteuer, wie sie seitens der Steuerkommission in Vorschlag gebracht ist, findet nicht einmal die Billigung der „Reichs-Zeitung“. Was das angeschickte der Tatsache, daß die Konservativen für diese Steuer gesamt haben, besagt, brauchen wir unseren Lesern nicht erst auszändern zu schenken.

Die Einführung einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer bezwecke ein Antrag unserer Partei gestossen, der gefallen in der Steuerkommission des Reichstages zur Beratung stand. Der Finanzminister erklärte den Antrag für unannehmbar, weil die Einzelstaaten unmöglich die direkten Steuern entbehren. Diesen absolut nicht nachhaltigen Grund ließ natürlich die Kommission mehrheitlich gelten und lehnte den Antrag Singer ab.

Der deutsche Handelstag trat Montag in Berlin seine Stellungnahme zu der Reichsfinanzreform zusammen. Auch die Lübecker Handelskammer war vertreten. Nach Eröffnung des Tages hielt u. a. auch Graf Posadowsky eine Rede, in der er den deutschen Arbeitgeber ein Loblied sang. Nach langer Beratung wurde die Ablehnung des Antrags erneut empfohlen. — Auf einem Festmahl — ohne solche schaut es ja heutzutage nicht mehr in gehoben — sich aus der zitadellifürne Reichskanzlei eine Rede vom Stapel, in der er aus seines „Sorgenskindes“, der Landwirtschaft, mit Wärme gebachtet. Es führte Bernhard aus: „Es ist nur einmal so im guten deutschen Lande, daß mehr oder weniger alle Erwerbsende liebendoll die Regierung am drängen wie in Bertholds Leiden die Kinder die Brüder der Sozialdemokratie. Es ist nicht möglich die ordentliche Regierung auch auszuführen, daß jeder nicht aus dem Brot, sondern auch Butter aus Brot bekommt.“ (Buhmierung) „Ich verstehe aber auch nicht, ich schaue mich nicht vor dieser Versammlung zu wiedersetzen: Ich betrachte allerdings die deutsche Landwirtschaft als das Sozialziel des deutschen Reichsbaus. Ich bin überzeugt, daß ihr Gedeihen auch von anderen großen Zweigen unseres Wirtschaftslebens profitiert, nicht zuletzt dem Handel. Ein neues Aufblühen unserer Bodenkultur wird auch dem Handel neue Kraftkräfte geben. Und wenn es ihm vergönnt sein sollte, wie ich das aufrichtig hoffe, in Zukunft noch glücklicher als bisher in die Ferne zu schwitzen, so möge er die Schwester nicht vergessen, die freu auf der Welt wirtschaftlich und sozialpolitisch die Grundlage eines dauerhaften Aufschwungs, bleibt der Blüte bildet, das Fundament des deutschen Hauses. Ihre eignen Rahmenstiel werden dadurch nicht geschmälert.“ (Lärmstörung) — Die „Nördlernden“ waren mit ihrem Sorgenvater sehr zufrieden sein.

Die reaktionärer der sogenannte Freisinn ist, zeigt eine Auslösung der „Pos. Ztg.“ über die Stellung des Prinzen Ludwig zur Wahlrechtsfrage. Das Blatt meint: „Die Dinge liegen aber in Preußen nicht ganz so wie in Bayern, und wir wissen nicht, was Prinz Ludwig, wenn er nicht in München, sondern in Berlin residierte, tun

würde. Man will dem Prinzen Ludwig nicht unrecht tun, wenn man annimmt, daß seine Anschaungen denen der klerikalen Partei in Bayern verwandt sind. Bei der Macht der katholischen Partei in Bayern ist die Ausdehnung des Wahlrechts zurzeit geeignet, das Beatum zu stärken. Und dieser Umstand kann auf die Ansichten des Prinzen eingewirkt haben, ohne daß er sich dessen bewußt war.“ — Die Partei für freiwillige Schleppenträger im Dienste der Reaktion befindet damit, daß sie noch reaktionärer ist als ein erforderlicher Thronfolger. Sehr niedlich sind dabei auch die versteckten Verdächtigungen des Prinzen. Wenn die ein sozialdemokratisches Blatt geschrieben hätte!

Ein Reich, eine Lotterie! Die Ausdehnung der preußischen Massenlotterie auf das Fürstentum Lippe hat die Lippsche Regierung nach dem „Fürstlichen Kurier“ vorbeholtlich der Zustimmung des Landtages bewilligt.

Deutsche Feste sind russische Feste. Aus Petersburg wird offiziell gewußt: Zur Feierlichkeitsfeier der deutschen Kaiser zur silbernen Hochzeit werden von dem Petersburger Infanterieregiment König Friedrich Wilhelm III. und dem Marinen-Dragonegiment Nr. 39 der Czarevich und der Feldwebel der Leibkompagnie bzw. Leibgardekorps nach Berlin entsandt werden. Auch das Petersburger Infanterieregiment wird durch eine aus sechs Angehörigen des Regiments bestehende Abordnung, an deren Spitze Generalmajor Sajovitschlowitsch steht, vertreten sein.

Ein deutscher Sieg. Der Hollentotienträger Corneille von Bethanien hat sich mit seinem ganzen Anhange den Deutschen ergeben. — Hurra! Hurra!

### Russland.

Gericht. In Rudo wurde der Gemeinderatsvorsteher Jakowolski durch Revolvenschüsse ermordet. Unsäglich als Henker? Aus Tschita meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Gouverneur und der Bezirksgouverneur wurden vom General-Kennengang wegen Unfähigkeit von ihren Amtsmännern abgesetzt. Viele Verhaftungen wurden auf der Eisenbahnstraße und in der Stadt vorgenommen. Die Verhafteten wurden drei Tage später freigesetzt. In einem unbewohnten Hause wurden für 3000 Karabiner gefunden.

Der jüdische Arbeiterbund über die revolutionäre Taktik. Das Beiratssomitee des jüdischen Arbeiterbundes hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem es zur Frage der Duma in einer Stellung nimmt. Es wird u. a. gesagt: „Nur in folgenden drei Fällen wäre es für die Arbeiter ratsam, an den Wahlen teilzunehmen: 1. Wenn mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß es möglich sein wird, die Duma von innen heraus zur Auflösung zu bringen und auf ihren Trümmer eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen; 2. Wenn es bewiesen werden könnte, daß alle revolutionären Wege jetzt gesperzt sind, und daß der einzige Weg zu Russlands Freiheit durch die Duma führt; 3. Wenn es tatsächlich möglich wäre, die Wahlen für eine große politische Agitation, für eine politische Schulung und Organisation des Proletariats auszunutzen“. Das Eintreten der ersten Bedingung, des Unstünges der Duma von innen heraus, hält das Komitee in Abetracht der augenblicklich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ausgelösten Revoltsäulen für unmöglich. Da selber Ansicht ist es in bezug auf den zweiten Punkt, wobei noch besonders berücksichtigt wird, daß die Duma durch die Teilnahme des Arbeiters eine gewisse Autorität erhaben würde, die weder vortheilhaft noch wünschenswert wäre. — Über die Frage des zweiten Punktes äußert sich das Komitee folgendermaßen: „Doch die althergebrachte revolutionäre Taktik im Kampfe gegen die Selbstverwaltung einen Balkott erstellt hat und für die Zukunft nicht mehr anwendbar ist, das können wir die Liberalen beobachten, die einen tödlichen Hass gegen Streiks und bewaffnete Aufstände haben — ihr klassenfeindlicher Hass ist naturgemäß diesen Hass einzuflößen. Das liberale Bürgertum weiß uns auf den Moskauer Aufstand hin, in dem seiner Meinung nach die Regierung und bestreitet haben soll. Da Willigkeit oder müssen wie den Moskauern aufstand, als einen weiteren Schritt in der Fortentwicklung der Revolution, als einen Übergang zu einer höheren Republik und in diesem Sinne auch als einen Sieg der Revolution betrachten. Es ist aber kein Glaubwürdig, daß die Stimmung der bürgerlichen Gesellschaft eine durchaus allgemeine für die Revolution ist. Das Bürgertum ist durch die Klassentreffen und alle anderen gewaltshamen Stöungen unterdrückt, das Bürgertum ist den Kämpfen der Revolution, als einen Übergang zu einer höheren Republik, bestreitet.“

Der deutsche Handelstag trat Montag in Berlin seine Stellungnahme zu der Reichsfinanzreform zusammen. Auch die Lübecker Handelskammer war vertreten. Nach Eröffnung des Tages hielt u. a. auch Graf Posadowsky eine Rede, in der er den deutschen Arbeitgeber ein Loblied sang. Nach langer Beratung wurde die Ablehnung des Antrags erneut empfohlen. — Auf einem Festmahl — ohne solche schaut es ja heutzutage nicht mehr in gehoben — sich aus der zitadellifürne Reichskanzlei eine Rede vom Stapel, in der er aus seines „Sorgenskindes“, der Landwirtschaft, mit Wärme gebachtet. Es führte Bernhard aus: „Es ist nur einmal so im guten deutschen Lande, daß mehr oder weniger alle Erwerbsende liebendoll die Regierung am drängen wie in Bertholds Leiden die Kinder die Brüder der Sozialdemokratie. Es ist nicht möglich die ordentliche Regierung auch auszuführen, daß jeder nicht aus dem Brot, sondern auch Butter aus Brot bekommt.“ (Buhmierung) „Ich verstehe aber auch nicht, ich schaue mich nicht vor dieser Versammlung zu wiedersetzen: Ich betrachte allerdings die deutsche Landwirtschaft als das Sozialziel des deutschen Reichsbaus. Ich bin überzeugt, daß ihr Gedeihen auch von anderen großen Zweigen unseres Wirtschaftslebens profitiert, nicht zuletzt dem Handel. Ein neues Aufblühen unserer Bodenkultur wird auch dem Handel neue Kraftkräfte geben. Und wenn es ihm vergönnt sein sollte, wie ich das aufrichtig hoffe, in Zukunft noch glücklicher als bisher in die Ferne zu schwitzen, so möge er die Schwester nicht vergessen, die freu auf der Welt wirtschaftlich und sozialpolitisch die Grundlage eines dauerhaften Aufschwungs, bleibt der Blüte bildet, das Fundament des deutschen Hauses. Ihre eignen Rahmenstiel werden dadurch nicht geschmälert.“ (Lärmstörung)

Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky. Der deutsch-äthiopische (abessinische) Freundschafts- und Handelsvertrag wird in erster und zweiter Lesung angenommen, nachdem Abg. Böckig (N.L.) unter allseitiger Zustimmung seine Genugtuung über den Vertrag ausgesprochen hat.

Die zweite Lesung des Etats wird beim Extraordinarium des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Freiherr v. Hartling (S.) begrüßt die Fertigstellung

der Reichspublikation über die sächsische Kapelle, insbesondere die Reproduktion der unsterblichen Deckenmalerei Michel Angelos. (Allezeitige Zustimmung; die Abgeordneten betrachten mit Interesse die auf den Tisch des Hauses niedergelegte Reproduktion.)

Giehoff (F.B.) und Schröder (F.W.G.) gebrauchen mit ehrwürdigen Worten des verstorbenen Vorsitzenden den Beifall.

Staatssekretär Graf Posadowsky verspricht eine Zeitschrift über die Tätigkeit der genannten Gesellschaft (Beifall links).

Für den Ausbau der Hohlenburg werden als 6. Rate zwölf im althunderttausend Markt

Lebedour (S.D.): Ich bitte, die Forderung abzulehnen. Der Staatssekretär hat die Zurücknahme des Vogesenbezirks auf die Restaurierung der Hohlenburg am Liegenschaft wie die Zurückführung des Fremdenverkehrs in den bayrischen Alpen befürchtet. Die bayrischen Alpen wurden befürchtet, lange bevor die Schlösser standen. Noch ihmärischer ist die Hohlenburg, die Elsaß-Lothringen durch die Hohlenburg für das Reich zu gewinnen. Dieses Ziel ist nicht durch überflüssiges äußeres Schaugepräge, sondern durch die völlige Gleichstellung der Reichsländer mit den übrigen Reichsangehörigen zu erreichen. Über die Restaurierung der Hohlenburg ist der Bayrischen Landtag so recht in den Händen der Politik des Reichs-

zur Zeit in den Händen der Politik des Reichs- und der Tangerreise. Sie ist ein würdiges Gegenstück zu der zu begreiflichen. Es handelt sich gar nicht mehr um den Ausbau einer alten Burg, sondern um die Herstellung eines Untergründes zu einer neuen Burg, die dann freilich das Gesamt der alten sein soll. — Nach unverdorbnen Mitteilungen in der Kommission ist dem Elsaß-Lothringischen Landesausschuss seinerzeit erklärt worden, daß weitere Summen nicht gefordert werden würden, denn die etwaigen weiteren Kosten würde der Bauherr tragen. Warum?

Unfähig als Henker? Aus Tschita meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Der Gouverneur und der Bezirksgouverneur wurden vom General-Kennengang wegen Unfähigkeit abgesetzt. Viele Verhaftungen wurden auf der Eisenbahnstraße und in der Stadt vorgenommen. Die Verhafteten wurden drei Tage später freigesetzt. In einem unbewohnten Hause wurden drei Tote für 3000 Karabiner gefunden.

Der jüdische Arbeiterbund über die revolutionäre Taktik. Das Beiratssomitee des jüdischen Arbeiterbundes hat ein Flugblatt herausgegeben, in dem es zur Frage der Duma in einer Stellung nimmt. Es wird u. a. gesagt: „Nur in folgenden drei Fällen wäre es für die Arbeiter ratsam, an den Wahlen teilzunehmen: 1. Wenn mit Sicherheit anzunehmen wäre, daß es möglich sein wird, die Duma von innen heraus zur Auflösung zu bringen und auf ihren Trümmer eine konstituierende Nationalversammlung einzuberufen; 2. Wenn es bewiesen werden könnte, daß alle revolutionären Wege jetzt gesperzt sind, und daß der einzige Weg zu Russlands Freiheit durch die Duma führt; 3. Wenn es tatsächlich möglich wäre, die Wahlen für eine große politische Agitation, für eine politische Schulung und Organisation des Proletariats auszunutzen“. Das Eintreten der ersten Bedingung, des Unstünges der Duma von innen heraus, hält das Komitee in Abetracht der augenblicklich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ausgelösten Revoltsäulen für unmöglich. Da selber Ansicht ist es in bezug auf den zweiten Punkt, wobei noch besonders berücksichtigt wird, daß die Duma durch die Teilnahme des Arbeiters eine gewisse Autorität erhaben würde, die weder vortheilhaft noch wünschenswert wäre. — Über die Frage des zweiten Punktes äußert sich das Komitee folgendermaßen: „Doch die althergebrachte revolutionäre Taktik im Kampfe gegen die Selbstverwaltung einen Balkott erstellt hat und für die Zukunft nicht mehr anwendbar ist, das können wir die Liberalen beobachten, die einen tödlichen Hass gegen Streiks und bewaffnete Aufstände haben — ihr klassenfeindlicher Hass ist naturgemäß diesen Hass einzuflößen. Das liberale Bürgertum weiß uns auf den Moskauer Aufstand hin, in dem seiner Meinung nach die Regierung und bestreitet haben soll. Da Willigkeit oder müssen wie den Moskauern aufstand, als einen weiteren Schritt in der Fortentwicklung der Revolution, als einen Übergang zu einer höheren Republik, bestreitet.“

Dr. Müller-Sagan (F.B.): Das vorige Mal bekannt wir die „legte“ Forderung, dieses Mal bekommen wir die „unwiderrührlich legte“ Forderung vorgelegt. (Heiterkeit) Ich bin Gegner allen Restaurierens. Auf keinen Fall dürfen wir Reichsmittel dafür bewilligen, namentlich so lange wir ein persönliches Regiment in Deutschland haben. (Beifall links.)

v. Staudy (R.): Die Ausführungen des Abg. Lebedour haben die Gefühle der Mehrheit dieses Hauses verletzt. Wir dürfen unser Vaterland nicht bloßstellen und müssen den Beitrag bestreiten. (Bravo! rechts.)

v. Kardorff (S.P.) stimmt mit dem Abg. Lebedour darin überein, daß die Restaurierung des Heidelberger Schlosses eine entsetzliche Barbarei sein würde. (Bravo! links.)

Lebedour (S.D.): Es freut mich, daß ich einmal von ganzem Herzen mit Herrn v. Kardorff einverstanden sein kann. (Heiterkeit) Mit der Restaurierung der Marienburg waren wir wohl alle einverstanden, aber wie kann man nur die Hohlenburg, eine der vielen Ruinen auf den Berggründen des südlichen Deutschlands, auch nur entfernt mit der Marienburg in Parallele stellen wollen. Es ist ja auch sehr bezeichnend, daß die Elsaß-Lothringen sich völlig über ihr angebliches Landeskleid ob ausschweigen. Daß man mit solchen Burgrestaurierungsplänen auf die Sympathie der Elsaß-Lothringen spekuliert, ist bezeichnend für den Romantizismus gewisser Reichsangehörigen, in deren Auftrage hier der Staatssekretär die Forderungen zu vertreten hat. Daß der Bauherr sein Versprechen, die Mehrwunderlust aus eigener Tasche zu bestreiten, nicht erfüllt hat, wundert uns weiter nicht. Wir sind ja in Preußen gewohnt, daß Versprechen der Könige nicht eingeholt werden. (Lebhafte Oho! rechts, lebhafte Zustimmung bei den Soz. (Beifall links).)

Präsident Graf Ballerstrem: Für diese Neuerung rufe ich Sie zur Ordnung!

Lebedour (fortfahren): Ich erinnere an das nicht eingelöste Versprechen König Friedrich Wilhelms III., dem Lande eine Verfassung zu geben . . .

**Vorstand Graf Wallerström:** Sie dürfen nicht auf das zurückkommen, was ich gesagt habe.

**Lebedow (fortschreibend):** Man soll auf die Erfüllung von Versprechen dringen, von wem sie auch kommen mögen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

**Schulmeyer (NL):** Der elsässisch-lothringische Landeskonskret hat sich beinahe einstimmig für die Restaurierung der Hochburg ausgesprochen. Wölfe der Reichstag die Mittel für die Wiederherstellung dieser großartigen Burg bewilligen. (Bravo! rechts und bei den Nationalsozialisten.)

Der Titel wird hierauf gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten bewilligt.

Eine Reihe weiterer Titel werden debattiert oder ohne wesentliche Debatte bewilligt.

Als erste Stelle für Diskussionen auf dem Gebiete der Nebelausbildung werden 20000 Mark gefordert.

**Preiß (El.)** gibt eine Übersicht über die Erfolge und Misserfolge der verschiedenen Mittel der Nebelausbildung und wendet sich gegen die 10 Kilometer Schengzone, die auf reichsländische Kosten zwischen dem preußischen und dem elsässisch-lothringischen Weinengebiet errichtet werden soll. Die Elsässer bedanken sich dafür, doch auf ihre Kosten für ein noch dazu untaugliches Mittel Gelder auszugeben werden sollen.

**Staatssekretär Graf Bosbach** verteidigt diesen Schengenstreit. Der Bundesrat, der hierfür allein kompetent ist, wird an diesem einflussreichen Schuh des deutschen Weinbaus unbedingt gehalten. (Beifall).

Es folgt die Abstimmung über die neulich gestellten Resolutionen.

Die Resolution Baumann-Jäger (3.) betr. die Einführung amtlicher Weinkontrolleure, wird mit großer Mehrheit angenommen; die Resolution Dr. Burkhardt (Wirtsh. Bg.) Dr. Dahlem (3.) betr. bleibende Bierkrugdeckel wird abgelehnt.

Zur Förderung der Herstellung von geeigneten Kleidungsstücken werden 2143000 Mk. gefordert, um Darlehen an Private und an gemeinnützige Genossenschaften zu gewähren.

**Günther (NL)** beschwert sich über die Schädigung der Hausbesitzer durch die Unterstützung der Genossenschaften. (Beifall rechts u. b. d. Natl.).

**Geheimrat Grümmer** verteidigt die Forderung.

**Dr. Jäger (3.)** verbreitet sich über das ganze Gebiet der Wohnungsfürsorge.

Der Titel wird bewilligt.

Die Petitionen zum Statut des Reichsamt des Innern werden für erledigt erklärt. — Der Statut des Reichsamts des Innern ist hiermit erledigt.

Der Statut des Rechnungshofs wird debattiert und angenommen.

Es folgt der Statut des Reichsjustizamts. (Staatssekretär Dr. Nieberding hat am Bundesstaatstisch Platz genommen).

Beim Titel Staatssekretär fragt

**Baßermann (NL)** nach dem Stande der Vorarbeiten des Gesetzes zum Schutz der Ansprüche der Bauhandwerker. Hauptsächlich wird ein brauchbares Gesetz zu Stande kommen. — Im Entwurf hat man nach einer neuen Lex Heine gerufen. Die Vorgänge vom Jahre 1900 hier im Reichstag erwecken nicht das Verlangen nach einer Wiederholung. Wenn auch Missstände vorhanden sind und einzelne Blätter entschieden zu weit gehen, so reichen doch die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen vollständig auf diesen Standpunkt hin, daß sie meiner Freude auch der Justizminister Beeler im preußischen Landtag gestellt.

Strafprozeßordnung und Zivilprozeßverfahren sind höchst reformbedürftig. Über die Dauer der Prozesse, über die Umständlichkeit des Versammlung des Verfahrens und die hohen Kosten herrscht große Unzufriedenheit. Eine großzügige Reform muß einsetzen mit einer Erweiterung der Zuständigkeit der Amtsgerichte. — Gewerbegechte und Kaufmannsgerichte haben sich im ganzen gut bewährt. Handwerkergerichten möchte ich aber nicht das Wort geben, sondern nur eine Zuwendung von Handwerkern zu den Handelsgerichten befürworten. — Eine Denkschrift über das Zwangsvergleichsverfahren in allen Kulturländern wäre sehr erwünscht. — Die Reform des materiellen Strafrechts wird angeföhrt der ungeheuren Schwierigkeiten wohl noch ein Jahrzehnt und länger auf sich warten lassen. Sie ist noch schwieriger als die Schaffung des bürgerlichen Gesetzbuchs. Lappalaien sollten milden bestraft und nicht das ganze Vorstrafenregister dabei verlesen werden. Besondere Jugendgerichte mit Einschränkung der Offenlichkeit sind sehr zu empfehlen. Die ganze Juristenwelt fordert die Herauslegung des Strafalters von 12 auf 14 Jahre. — Die Kommission zur Vorberichtigung der Reform der Strafprozeßordnung hat trotz der vielfach herben Kritik, die sie erfahren hat, das Verdienst, zwei große Prinzipien klar aufgestellt zu haben, die Berufung gegen alle Strafgerichtsurteile und die Beteiligung der Zeugen an der Strafrechtspflege in allen Instanzen. — Über die Behandlung der Zeugen werden viele zweifellos berechtigte Klagen geführt. Bedauerlich ist auch, daß viele Richter die Beweisaufnahme in das Urteil schweifen lassen. Der Zeugnisszwang der Presse muß endlich befehligt werden. — Die einstimmige Ablehnung der Schwurgerichte durch die Kommission hat den lebhaftesten Widerwurz gefunden. Ich persönlich habe ganz gute Erfahrungen mit den Schwurgerichten gemacht. Ich erinnere darüber daran, daß manche Schwurgerichtsurteile, wie das bekannte Löbtau, die schärfste Kritik gerade von sozialdemokratischer Seite erfahren haben. Sagte doch schon Treitschke in seiner Politik: Schwerlich hätten im Leipziger Hochverratsprozeß gelehrt Richter Bebel und Liebknecht verurteilt. Über der Leinenrichter spricht für seinen Geldbeutel und fühlt sich der sozialdemokratischen Partei gegenüber ebenso als Partei. — Auf jeden Fall wird man bei einer Reform der Strafprozeßordnung auch eine Berufung gegen Sachwürgerichtsurteile einführen müssen, da doch bei einem Diebstahl von 10 Mk. die Berufung gestattet werden soll. — Es ist tief bedauerlich, daß das Vertrauen zur Rechtsgeflecht im Volle sinkt. Justitia fundamental regnum. Man sollte die besten Juristen in die Strafkammern schicken und die Überlassung der Strafkammern mit bis zu 50 Fällen in einer Sitzung ein Ende machen. Ich spreche nicht von Übertriebungen in der sozialdemokratischen Presse, sondern berufe mich auf Leute wie Professor Kahl. Ich hoffe, daß bald die Berufung in Strafsachen eingeführt werden wird und daß eine Reform des Strafprozesses folgt. (Lebhafte Beifall bei den Nationalsozialisten.)

**Staatssekretär Dr. Nieberding:** Das Bauhandwerkerschutzgesetz wird in nicht allzu langer Zeit an den Reichstag gelangen. Eine Verschärfung der sogenannten Lex Heine ist in Regierungskreisen nicht beabsichtigt, obwohl das Gesetz nicht die erhofften Wirkungen gehabt hat. (Hört, hört! i. Zentr.) Eine Besserung ist im wesentlichen nur von einem Appell an die Presse zu erwarten, die man auffordern muß, das gesunde Sittlichkeitsgefühl des Volkes

nicht zu verlieren. — An die Vorarbeiten zur Reform des Strafprozesses und zwar zunächst des handelsgerichtlichen Prozesses ist das Reichsjustizamt herangetreten. Gleich dem Vorredner muß ich mich gegen eine weitere Ausdehnung der Berufungsgerichte aussprechen; aber auch eine größere Hinzuziehung von Handwerkern als Beisitzer zu den Handelsgerichten möchte ich vorläufig mindestens nicht empfehlen. Eine Denkschrift über das internationale Recht im Zwangsvergleichsverfahren will ich gern liefern, möchte aber warnen, auf den Zwangsvergleich allzu große Hoffnungen zu haben. Die Strafrechtsreform wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen, daher empfiehlt es sich, vorher einzelne Materien herauszugreifen. Gegen die Einführung der Geldstrafe für kleine Diebstähle haben sich auf Befragen sämtliche Einzelstaaten erklärt.

**Bartram (FBP)** spricht sich entschieden für Beibehaltung der Schwurgerichte aus. Die Behaupten gegen die Schwurgerichte werden bestätigt, wenn man die Resolutionen unserer Partei auf Ausdehnung der Zuständigkeit der Schwurgerichte auf alle Brezgergehen, auf Heranziehung von Geschworenen auch aus den arbeitenden Klassen und auf Gewährung von Diensten an Geschworenen und Schöffen annimmt. — Wir steht es mit der Reichstagsresolution sehr besserer Verhandlung der Unterzuchungsgefangenen, mit der Aussöhnung der Zwangsgericht und mit der Schaffung besonderer Jugendgerichte? Das Entschädigungsgesetz für unschuldig erlittene Untersuchungshaftklagen von Freigesprochenen geschaffen hat, ist wenig erfreulich, wie sich im Prozeß Meier Ruhm gezeigt hat. Der Kellner Meier ist zwar freigesprochen, aber nicht entschädigt. (Hört, hört!) — Nedner erörtert einen Fall, daß einem vor 25 Jahren verurteilten, seitdem aber rehabilitierten Lehrer die Entschädigung verhagt worden ist. (Hört, hört! links.) Das Disziplinarrecht soll angeblich kein Wiederaufnahmeverfahren kennen. (Hört, hört! links.)

**Staatssekretär Dr. Nieberding:** Der letzte Fall ist landes- und nicht reichsrechtlich. Der betreffende Lehrer hat eine Pension bekommen, womit die Regierung alles getan hat, was sie unter den obwaltenden Umständen tun konnte. Jetzt hat aber das Reichsgericht entschieden, daß ein Wiederaufnahmeverfahren auch in Disziplinarfällen möglich ist. — Die Reichstagsresolution betrifft die Beschäftigung von Strafgefangenen hat der Bundesrat abgelehnt. Die Strafprozeßkommission hat sich für den ersten Teil der Resolution, der die Untersuchungsgefangenen betrifft, erklärt, dagegen die Regelung der Beschäftigung der Strafgefangenen als unmöglich vor einer vollen Reform des Strafrechts bezeichnet.

**Dirksen (FBP)** klagt über die zunehmende Unsicherheit in der Literatur, verlangt Abschaffung der Prozeßdauer und wendet sich gegen die Ausdehnung der Sondergerichte. Nachstens wird Herr v. Gerlach auch noch Dienstbotengerichte beantragen. (Heiterkeit.) Nedner führt Klagen über einen liberalen Staatsanwalt in Pleß, der für ein Zusammensein mit der Sozialdemokratie aufgetreten ist. Der Herr Staatsanwalt scheint sich den Herrn v. Gerlach, den politischen Verwandlungskünstler, zum Muster genommen haben. Da muß man aber sagen, Quod licet bovi, non licet bovi. (Was einem Ochsen erlaubt ist, ist einem Jupiter nicht erlaubt.) Hält der Staatssekretär es für zulässig, daß ein deutscher Justizbeamter sich öffentlich mit der Sozialdemokratie verbündet. (Lebhafte Beifall rechts.)

**Vorstand Graf Wallerström:** Ich will nicht hoffen, daß der Nedner mit dem Ochsen einen Abgeordneten gemeint hat. (Zuruf b. d. Soz.: Sich selbst hat er gemeint, der Denunziant! (Heiterkeit links.))

**Staatssekretär Dr. Nieberding:** Der Fall des lothringischen Staatsanwalts fällt nicht unter meine Kompetenz, und schon durch eine bloße Anfrage bei der reichsländischen Regierung würde ich meine Kompetenz überprüfen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt v. Gerlach (FBP), daß sich Abg. v. Dirksen zum verständigen Lesen eines Artikels eigne, wie ein gewisser Tiet zum Leuteschlagen. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr.

Lagerordnung: Initiativvorschläge, zunächst weite Lösung des Antrags Utrecht (SD) auf Wahlrechtssatzung in den Einzelstaaten.

Schluss 6½ Uhr.

## Übergang und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 21. Februar 1906.

Zugzug nach den Möbelfabriken von Hinke u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hölzearbeiter streng fernzuhalten.

Zugzug von Werkstarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptune-Werft angesperrt sind!

Über den Bau von H. Kröger, Lindenstraße, infolge des Mauerwerkes der Svertre verhängt.

**Lohnbewegung der Schneider.** Man schreibt uns: Ja einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche sich eines sehr starken Besuches erfreute, wurde von der Tarifkommission Bericht erstattet über die letzten Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverbande. Es wurden von den Arbeitgebern bei den Hören bei drei Positionen je 10 Pfennig angestanden; ferner wurde, da man auf Fazette nichts mehr aulegen wollte, hiernach eine neue Position in den Tarif eingefügt. Als der größte Erfolg kann betrachtet werden, daß von den Arbeitgebern der Passus, bezüglich die Anfertigung von billig verkaufen Anträgen unter dem Tarif zurückgezogen wurde. Es entspann sich hieran ein recht lange lebhafte Debatte, in welcher man sich besonders nicht mit dem Abschluß des Tarifes auf unbekümmerte Zeit befunden konnte; sehr scharf wurde ferner kritisiert, daß bei den Westen von den Arbeitgebern keine Zugeständnisse mehr gemacht seien, da die ersten Zugeständnisse doch so äußerst minimale und die Westenschneider auch die schlechtest bezahlten Arbeiter bei uns im Berufe seien. Da von der Innung uns noch keine Mitteilung darüber gemacht sei, was dieselbe zu bewilligen gedenke, wurde beschlossen, die Abstimmung über das Angebot des Arbeitgeber-Verbandes bis zu einer Anfang nächster Woche stattfindenden Versammlung hinaus zu ziehen. Man hofft bis dahin, orientiert zu sein über die Stellung der Innung zu unseren Forderungen. Eine längere Debatte entspann sich alsdann noch über die Klassifizierung der Geschäfte. Es wurde aber beschlossen, die endgültige Abstimmung hierüber ebenfalls in der nächsten Versammlung stattfinden zu lassen. Nachdem noch eingehend über die Festlegung der Löhne für Damenschneider diskutiert war, erfolgte Schluss der Versammlung.

Die Lübecker Tafelziergehälter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Dieselben haben der Innung

folgende Forderungen unterbreitet: Mindestlohn 22,80 Mark, sowie allen anderen Kollegen eine Gehaltsprogression. Diesbezügliche Verhandlungen sind bereits eingeleitet.

**Die Kriegsgerichtsstelle** gegen die Nekuten Gloy und den Unteroffizier Hansen werden von der Leipziger Volksatz, wie folgt kommentiert: „Drastischer kann die sogenannte Militärjustiz gar nicht getrenngeschnitten werden, wie durch die Gegenseitigkeit dieser beiden Urteile. Der eigentliche Schuldige, der Unteroffizier Hansen, der durch seine ruchlose Quälerei den Gloy zur Verhaftung trieb und ihn zugleich physisch so erprobte, daß er seiner Sinne nicht mehr mächtig war, er kommt mit der lächerlich geringen Strafe von 38 Tagen Mittelarrest davon, wobei es beinahe noch ein Wunder ist, daß das Kriegsgericht die von ihm verübte Menschenschinderei wirklich als Missionswidrigkeit ablehnt.“ Das durchbare Urteil, das über das armelige Opfer des Hansen gefällt wurde, bedeutet natürlich für Gloy ein Verhältnis bei lebendigem Leibe. Das Gericht kam zu diesem Spruch, obwohl nicht im geringsten zweifelhaft sein konnte, daß Gloy im Augenblick der Tat nicht Herr seiner Sinne war. Während man sonst, wenn irgendein vornehmer Schuft sich verging, sofort mit der Theorie von der vorsübergehenden Bewußtseinstrübung bei der Hand ist, kam man hier, wo diese Theorie“ wirklich mal zur Verzicke wurde, nicht dazu, dies zu erkennen. In diesem Falle hätte auf eine Strafe von nur zwei Jahren erkannt werden können. Als der Vorfall vor anderthalb Monaten bekannt wurde, suchte die Scharmütcherei ihn sofort zu ihren Gunsten auszuschlagen und ihn als Folge der sozialdemokratischen „Verhetzung“ hinaufzustellen. Man hat bei nahe den Eindruck, als hätte das Kriegsgericht unter dem Bann dieser nichtswürdigen Scharmütcherei gestanden. Das Urteil gehörte zu den vielen militärischen Schreckensurteilen, die gerade in den letzten Jahren sich in so grauenhafter Weise häuften — Freiburg, Deutsch Krone, Dessau, Altona — und die mehr als alles andere dazu beitragen, den Militarismus in seiner Gemeingefährlichkeit zu entstehen. Im Interesse des ungünstlichen Proletariers im Kaiserreich ist die Aufhebung des Urteils dringend zu wünschen.“

**Weiße Heringe** werden von den Travemünder Fischern gefangen. Jeden Tag kommen Boote an die Stadt, in welchen die schwachhaften Fische zum Verkauf freigegeben werden. Auch heute Morgen zog wieder eine ganze Fischerflottille die Travemünde heraus. Ein Teil der Fischer brachte seine Ware zum Verkauf nach der Holztortorbrücke. In der gegenwärtigen teuren Zeit, wo das Fleisch auf dem Tisch des Arbeiters ein sel tener Artikel ist, sind Heringe ein sehr willkommenes Gericht.

Aus dem Gerichtssaal. Der Oberlehrer an der Bauernschule Wr. wurde am Sonnabend von der Strafammer wegen Sittlichkeit verbrechens zu zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Chorverlust verurteilt. Der mitbeteiligte Bauschüler Wi. erhielt eine Woche Gefängnis. — Wegen schwerer Rückschlüsse erkannte die Strafammer gegen die Chefcoufa Fa. auf vier Monate Gefängnis.

**Stadthallen-Theater.** Aus dem Theaterbüro schreibt man uns: In der „Carneval“-Vorstellung gastiert Herr Alfred König als Escamillo. Der Künstler ist außersehen, in nächster Spielzeit hier das Baritonlach zu vertreten. Die Titelpartie singt Frau Maria Korth. Bei der Beliebtheit dieser Oper wird das Theater gewiß sehr gut besucht werden, weshalb wir anraten, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. — Freitag werden neu eingestudiert. Die beiden Leonoren von Paul Lindau in Sene gehen. — Sonnabend gastiert Fr. viola Babst als Städt. in „Alt-Hedelberg“. Die Vorstellung findet zu kleinen Preisen statt.

**Kleine polizeiliche Nachrichten.** Ermittelt und festgenommen wurde ein Dienstmädchen aus Danzig, die sich des Betriebsversuchs zum Nachteil eines Fahntechnikers im Steinfeld schuldig gemacht. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Neu-Bosin, der in der Mühlstraße bei einem Gastwirt um ein Almofen ansprach und beim Fortgehen, vermutlich weil ihm die erhaltenen 6 Pfennige nicht genügten, eine große Scheibe einschlug. — Des weiteren wurde ein Schlossergeselle festgenommen, der bringend verdächtig ist, einem Klempnergesellen eine silberne Kerzenhalter weggenommen zu haben. Er verkaufte die Uhr für 5 Mark an einen Trödler.

**Schwartau.** Die Versammlung des sozialdemokratischen Vereins findet am kommenden Donnerstag, den 22. Februar, statt. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

**Kiel.** Der Streik der Kohlenarbeiter dauert unverändert weiter, da die Firma Ihms u. Graf nach Scheitern einer Verhandlung alles Entgegenkommen ablehnt. Durch große Annoncen werden jetzt Arbeitswillige gesucht bei 6 bis 8 Uhr. Tagesserdienst. Da in Kiel keine Arbeitswillige für derartige Arbeiten zu haben sind, so wurden Marinemannschaften zu dieser Streifarbe kommandiert. Ferner sind Agenten im Inlande auf der Suche nach „nützlichen Elementen“, um den Kieler Kohlenarbeitern, von der Firma so schön „Spritzen“ genannt die Streiklust auszutreiben. Wir ersuchen die organisierte Arbeiterschaft allerorts, etwa austauschende Streikbrecheragenten kräftig heimleuchten und den Zugang fernzuhalten zu wollen. Etwaige Nachrichten bitten wir zu richten an den Transportarbeiterverband, Kiel, Fährstraße 24.

**Badersleben.** Überfahren und getötet. Bei Oberjersdal wurde der Schmiedegeselle Heese, angeblich aus Kiel, vom Zug überfahren und getötet. **Bükow.** Eine vom Gewerkschaftskartell einer beruflichen öffentlichen Versammlung tagte am Sonntag, den 18. Februar nachmittags 4 Uhr, in Bükow i. M. Gen. Radde - Bück referierte über das Thema „Der proletarische Klassenkampf der Gegenwart.“ Wie man es nun im Ostdrittenlande gewöhnt ist, wurden auch hier Schwierigkeiten gemacht; nämlich der Wirt verweigerte 2 Stunden vor dem Beginn der Versammlung sein Lokal. Folgendes Schreiben wurde um 2 Uhr dem Kartellvorsitzenden übermittelt: „Nach eben eingegangener Meldung stelle ich Ihnen mein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung für heute nicht zur Verfügung. Nach Angabe des Magistrats haben Sie eine diesbezügliche polizeiliche Erlaubnis eingeholt. Hochachtungsvoll H. Müller, Forsthof.“ Hiermit glaubte man nun die Versammlung vollständig lahm gelegt zu haben. Aber man irrte sich. Der Herbergswirt stellte uns sein Lokal bereitwillig zur Verfügung; wenn es auch nicht bequem war, so hat man sich vollständig damit helfen können. Nicht gedrängt standen die Arbeiter aneinander und lauschten den Aussführungen des Referenten. Das Resultat war Aufnahme von 25 Mitgliedern und Gründung einer Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes. Wünschen wir dem jungen Verein ein gutes Gedächtnis. Die Arbeiter Bükows werden wissen, wie sie sich dem betreffenden Worte gegen-

über zu verhalten haben, der ihnen in letzter Stunde das Fazit verweigert.

**Nostoc.** Situationsbericht über den Stand der Aussprerrung in Nostoc. In den letzten Tagen sind Versuche zur Beilegung der Differenzen gemacht worden. Nach der bekannten Sachlage handelt es sich in erster Linie um die Beendigung des Streiks der Schiffbauern. Da die Direktion der Replunwerft mit den Belegsletern der beteiligten Organisationen nicht verhandeln wollte, haben die Schiffbauern zum Zweck der Verhandlungen eine Kommission von 3 Mann gewählt. Die Direktion erklärt sich bereit, alle Schiffbauern mit Ausnahme von 2 Mann einzustellen, wollte aber die Abmachungen schriftlich niederlegen. In einer darauf abgehaltenen Schiffbauern-Versammlung erklärten die beiden Kollegen auf die Wiedereinstellung zu verzichten, und war damit die Grundlage für die Wiederherstellung des Friedens gegeben. Die daraus eingelauenen schriftlichen Feststellungen der Direktion waren so gut wie nichtsagend. Da entschloss sich die Kommission, ein Schreiben an die Direktion zu richten, in welchem um Festlegung bestimmter Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit nach Vorschlag der Kommission ersucht wurde. Diese Vorschläge enthielten das Verlangen der Wiedereinstellung aller Streikenden und Ausgesperrten mit Ausnahme der zwei, die verzichtet haben. Wenn nicht sofort alle eingestellt werden können, wegen technischer Schwierigkeiten,

so soll eine kurze aber bestimmte Frist gesetzt werden. Ferner verlangt die Kommission, daß die Lohn- und Akkordverhältnisse gegen früher unverändert bleiben, es sei eine Erhöhung eher angebracht, als die Belassung auf den jetzigen Stand. Maßregelungen aus Anlaß der Bewegung oder wegen Zugehörigkeit zur Organisation sollten nicht zulässig sein. Auf diese gewiß bestreitenden Wünsche antwortete die Direktion, daß sie nur 1600 Mann beschäftigen könne, eine Einstellung aller Streikenden und Ausgesperrten deswegen unmöglich sei. Es sei bedachtigt, die Lohn- und Akkordverhältnisse im allgemeinen von Bestand zu lassen, jedoch mit dem Vorbehalt, daß einige Akkorde, z. B. bei den Tischlern und Zimmerern, welche nachweislich höher seien, als bei den Konkurrenzwerkstätten, z. B. Lübeck, entsprechend geregelt werden müssen. Eine Erhöhung der Löhne oder Akkordsäfte sei wegen des gehabten Schadens ausgeschlossen. Endlich erklärt die Direktion, daß sie nicht beurteilen kann, was unter Maßregelung aus Anlaß der Bewegung zu verstehen sei, sie könne also darauf keine Antwort geben. Dieses Schreiben ist nach verschiedenen Richtungen hin interessant. Zunächst sei bemerkbar, daß, wenn 1600 Mann eingestellt werden, alle Streikenden und Ausgesperrten wieder hineinkommen würden, denn es sind die jetzt im Betrieb Beschäftigten, die Ausgesperrten und Streikenden zusammengerechnet, noch ganz knappe 1600 Mann. Um so sellanter berührt es, wenn die Direktion sagt, sie wisse nicht, was Maßregelung

ist — nachdem so und so viel mal mit den Bezirksleitern aber diese Materie gesprochen wurde. Man will eben Maßregeln, aber sich mit der Unmöglichkeit, alle wieder einzustellen, entschuldigen. Es muß jedoch ausdrücklich festgestellt werden, daß diese Dinge noch kein Grund zur Ablehnung des Angebots gewesen wären. Es handelt sich freilich um dreizehn Maßregelungen, die bis auf zwei zurückgezogen sind, und der Preis der Kohlenbunker konnte nachher sehr wohl noch geregelt werden, auf Abschluß eines Tarifvertrages wird für jede verzichtet. Was aber zur Ablehnung führte, das war die Drohung mit Herauslösung der Akkordverträge. Wenn die Schiffbauern darauf eingegangen wären, hätten sie beschlossen, den Tischlern und Schlosszimmern das Einkommen herabdrücken. Ein solcher Beschluss wäre nicht zu verteidigen gewesen, und hat das zur Fortführung des Kampfes geführt. Dies ist der Direktion mitgeteilt worden mit dem Bemerkten, daß die Kommission zu ferneren Verhandlungen stets bereit ist. Der Stand der Sache ist also insfern unverändert, als bei den Schiffbauern nicht ein einziger Mann abstinent geworden ist; auch nicht ein einziger Streikbrecher von außerhalb ist im Betrieb und ohne Schiffbauer kann die Werk nicht produzieren, also ist der Stand der Sache nach wie vor ein günstiger zu nennen. Zugang nach Nostoc inbundene von Schiffbauern ist nach wie vor auf das strengste fernzuhalten.

Für die bewiesene Unterstützung sage ich den Kollegen vom Dampfer "Svenska" sowie Herrn C. Ulrich meinen besten Dank.

F. Schultz.

**Ein Zimmer für ein jung. Paar**  
mit morgens Kaffee, pro Woche 2 Mk.  
Wolkenauerstrasse 148, b. d. Glockengießerstraße

**Porterie - Wohnung zu vermieten**  
Preis 180 Mk. Gießenaustraße 7.

**1 Herren- n. Damen-Moskenanz.**  
billig zu vermieten. Weizstraße 1 c. I.

**Za um. 1 seid. Damenmoskenanz.**  
Wahnstraße 37.

Gesucht zu sofort oder 1. März ein  
jünger ordentlicher Knecht  
Wahlstraße 67

Zu Ostern:

**Lapezier-Lehrling.**  
W. Stark. Möbelgeschäft.

**Gesucht junge Mädchens**  
zur gründlichen Erlernung der Damenschneiderei,  
sowie Musterzeichnen Vereinstraße 51, II. Stock.

**Ein jüngerer Arbeiter** Unter-  
trave 113.

Siehe Beschäftigung in Wäscheinspeisen  
und ähnlichen Arbeiten, auch Kinderarbeiter wird  
angefertigt.

Ang. u. WW Wiedestr. 27, II.

Zu verkaufen ein neues noch nicht ge-  
brauchtes Fahrrad

Schwartauer Allee 84 a

**Ein schönes Heimbaue zu verk.**  
Reiterstraße 18, I

**Kostüme und Kinderkleider**  
werden billig und gut angefertigt  
K. Kiesau 5.

**Rechtssachen**  
übernimmt Mandaer Grünau.

**Partie gefärbte Hemdhosen**  
für Kinder von 55 Pfg. bis Mr. 1.—  
Ausverkauf

**Franz Dahl, Dornestraße 8.**

**Gr. Möbel-Auktion**  
Donnerstag den 22. Februar,  
vorm. 10½ Uhr,  
ganz präzise,  
in den großen Parterre Räumen

**40 Fischstraße 40**  
über das dojholt befindliche große

**Möbel-, Spiegel- und**  
**Polsterwaren-Lager.**

Als: Blüschgarnituren, Tischengarnituren, Monettgarnituren, Sofas mit Stühlen, einzelne Sofas in allen Farben, große Fensterglas mit geißt. Glas, Bleiverglas, Spiegelschränke, Vertikows, Salons- und Ausziehtische, Bettstellen mit und ohne Federrahmen, Waschtische mit und ohne Marbor, Küchenmöbel, Bilder, Teppiche, Stühle.

Engl. Schlafzimmer,  
1 H. Salontisch,  
2 Herrenschreibtische.

**Reichel, Auktionsator.**  
Gefärbte Sachen können bis 2. März  
frei lagern.

**Sarg-Magazin**  
Fernsprecher 427. Gebr. Müter

obere Mühlstraße 13 und lange Königstraße 116a.

Entsprechender Platz für den gesamten Zugang der Zeitung mit Ausnahm der Rubrik "Schild und Nachgebiete" sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen:  
Schild und Stellu. — Herausforderer Redakteur für die Rubrik "Schild und Nachgebiete" sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen:  
Zeitung: Ehrhard Schwarz — Deud von Erhard. Meyer & Co. — Günter in Rügel.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
Marke Schwan  
ist das beste.  
Zu haben in allen besseren Geschäften.

**Sichern Sie sich noch**  
von den billigen Konfirmationsgeschenken  
etwas im Ausverkauf von  
**Franz Dahl, Dornestraße 8.**

Mit  
Wochenraten  
von 1 Mark  
an

**Möbel**

Anzüge, Paletots, Blusen, Kost.-  
Röcke, Jackotts, Kleiderstoffe,  
Wäsche, auch

**ohne Anzahlung**

für alte Kunden, die ihr Konto beglichen  
haben.

**S. Sachs**  
Hüxstraße 41.

**Tadellos in Brand u. Geschwad**  
sind die bekannten Fünf- und Geschäftsmann-  
Staaten von

**Franz Dahl, Dornestraße 8.**

**Filzpantoffel**

wegen Aufgabe dieses Artikels spottbillig.  
**Franz Dahl, Dornestraße 8.**

**Arbeiter-Abstinenter-Bund**

Donnerstag den 22. Februar,  
abends 8½ Uhr

**Mitgliederversammlung**  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52

Vortrag.  
Federmann willkommen.

**Achtung!**

**Zimmerer**

**Veranstaltung**

am Donnerstag den 22. Febr.

abends 8½ Uhr  
1. Vortrag vom Genossen Dr. Wissell.  
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Der Vorstand.

**Stadttheater.**  
Donnerstag den 22. Februar. 7½ Uhr  
100. Abonn. Vorst. 20. Donnerst. Ab.

Debut-Gastspiel Alfred König  
als Ceamillo.

**Carmen.**

Oper in 4 Akten von Bizet.  
Freitag: Die beiden Leonoren.  
Samstag: Einmaliges Gastspiel  
Viola Pabst vom Hoftheater, Schwerin.

Zu kleinen Preisen:

Alt-Heidelberg.

**Herrn- und Fräben-Goderöben**

werden, um zu räumen, zu jedem annehmbaren  
Preise abgegeben bei

**Franz Dahl, Dornestraße 8.**

**Noch ist es nicht alle**

das bekannte Handmacher-Halbleinen, sonst  
mit 60 Pfg., jetzt mit 48 Pfg.

**Franz Dahl, Dornestraße 8.**

**Größtes Lager am heutigen Platze, bekannt billige Preise.**

**Stets Neuheiten in Perl- und Metallkränzen.**

**Eiserne Grabkreuze.**

**Ueberführung von und nach Auswärts mit eigenem Wagen.**

# Beilage zum Lübeder Volksboten.

Nr. 44

Donnerstag, den 22 Februar 1906

13. Jahrgang.

## Soziales und Parteileben.

Wichtig für die beteiligten im Schneiderhandwerk ist die Entscheidung des Gewerbege richts der Stadt Chemnitz in der Klage eines Schneidergeschäfts gegen eine Schneiderfirma. Der Kläger war als Werkstattarbeiter im Akkord beschäftigt; er klagte auf Bezahlung von 16 M. für 40 Stunden, die ihn die Firma ohne Beschäftigung gelassen hätte. Die Befragte beantragte Abwehrung der Klage, obwohl sie nicht befreien konnte, daß der Kläger die angegebene Zeit ohne Beschäftigung war. Sie bestreit ihm aber das Recht auf Entschädigung, wenn 1. habe keine Kündigungsfeist bestanden und 2. sei es in den Schneidergeschäften in ganz Deutschland üblich, daß die Gehälter während der "sozialen Zeit" nur nach Abgabe der vorhandenen Arbeit beschäftigt würden. Festgestellt wurde, daß die Kündigung oder Entlassung nicht ausgesprochen worden war. Das Gericht ist der Meinung, daß der Unternehmer für vorliegende Beschäftigung des Arbeiters zu sorgen, oder den Arbeiter für die Zeit, da er ihn ohne Beschäftigung läßt, zu entschädigen habe, sofern, wie in diesem Falle, keine besonderen Vereinbarungen für solche Fälle bestehen. Gewerbege richt — wie im vorliegenden Falle die Befragte in Anspruch nehmen — kommt aber keinesfalls gegen gesetzliche Bestimmungen an. Nach § 124 Abs. 4 der R. G.-D. habe der Unternehmer für ausreichende Beschäftigung der Akkordarbeiter zu sorgen. Die Befragte wurde verurteilt.

Der Schmiddeverband hat im vergangenen Jahre bezüglich der Mitgliederzahl einen stützigen Fortschritt gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 12903 auf 16712. Durch große Aussperrungen ist jedoch der Bevölkerungsbestand etwas stark in Mitleidenschaft gezogen worden, so daß sich dieser um circa 8000 M. verringerte. Die gewaltigen Kämpfe, welche meist mit dem Metallarbeiterverband gemeinsam geführt werden müssen, haben den Gedanken einer Vereinigung mit dem Metallarbeiterverbande erneut aufgeworfen. Seit Wochen wird über diese Frage im Verbandsorgan eifrig debattiert. Die im Mai in Berlin stattfindende Generalversammlung wird über diesen Punkt Beschluss fassen.

Eine rasche Antwort. In dem Dorf Lümmen bei Hannover ist kürzlich ein Mitglied des Schmiddeverbandes gestorben; dem mit ihm gewählten Erschöpfen hat jetzt die Regierung die Bezahlung ver sagt wegen Zugeständnisses zur sozialdemokratischen Partei. Da in Eissenförde bei Harburg eine Nichtbeschäftigung bei Austritt von circa 50 Arbeitern aus der Landeskirche zur Folge gehabt, will die Lümmen Arbeiterschaft — und das Dorf besteht zum größten Teil aus Arbeitern — die Regierung der Regierung hält mit dem gleichen Vorgehen beantworten.

Die Parteigenossen im Regierungsbezirk Magdeburg hielten am Sonntag in Magdeburg eine Konferenz ab, die sich mit der Gründung eines Bezirkverbandes für den Regierungsbezirk beschäftigte. Anwesend waren Vertreter sämtlicher acht Wahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg, Banzleben, Halberstadt, Bernigerode, Calbe, Altenbergen, Wölfenbüttel, Neuhausenleben, Jerichow I und II, Stendal-Osterburg und Salzwedel-Gardelegen. Außer in den beiden letzten bestehen in allen Kreisen Kreisorganisationen. Die Verhandlungen der Konferenz hatten das Ergebnis, daß ein Zusammenschluß der Organisationen der acht Wahlkreise zu einem Bezirkverband beschlossen wurde. Den Frauenanteil der Debatte nahm die Frage der finanziellen Grundlage für sich in Anspruch. Der in einer Vorbesprechung beschlossene Statutenentwurf sah einen Betrag von 10 Pf. pro Kopf und Wertjahr vor, was bei einem gegenwärtigen Mitgliederstand von 6500 im Regierungsbezirk eine Einnahme von jährlich 2600 M. bringen würde. In Verbindung mit der Finanzfrage stand die Frage der Wahlzeitung eines be-

sondeten Parteisekretärs für den Bezirk. Der Parteivorstand in Berlin hat sich bereit erklärt, das Gehalt des Sekretärs zu bezahlen, so daß vom Bezirkverband nur die Mittel für die sachlichen Ausgaben aufzubringen sind. Die Wahlkreise Calbe-Altenbergen und Banzleben halten gegenüber dem Vorschlag im Statutenentwurf beantragt, 10 Proz. der regulären Gehälter zu erhöhen. Das würde eine erheblich geringere Einnahme bedeuten, da außer in Magdeburg, wo ein Monatsbeitrag von 30 Pfennig erhoben wird, in den Wahlkreisen 20 beziehungsweise 25 Pfennig monatlich bezahlt werden. Nach mehrstündigem Debatt entchied sich die Konferenz mit 24 gegen 10 Stimmen für Erhebung eines Quartalsbeitrages von 10 Pf. pro Mitglied. Zu Beginn der Nachmittagsitzung wurde zunächst von den Vertretern der Kreise Calbe-Altenbergen und Banzleben die Erklärung abgegeben, daß sie nach diesem Beschluß erst die Zustimmung einer Generalversammlung ihres Kreises einholen müssten, ob diese sich bei dem festgesetzten Beitrag an dem Bezirkverband beteiligen wollen. Da aber das von der Konferenz endgültig beschlossene Statut ohnedies den Generalversammlungen der verschiedenen Kreise zur Genehmigung vorzulegen ist, wurde die Beratung fortgesetzt. Die Organisation erhielt den Namen "Sozialdemokratischer Bezirkverband Magdeburg" und hat ihren Sitz in Magdeburg. Eine Erledigung der laufenden Geschäfte soll ein be sonderer Parteisekretär ange stellt werden. Die weiteren Beratungen drehten sich um die Aufgaben des Bezirkvorstandes und des Bezirkstages und um die Festlegung organisatorischer Bestimmungen. Bei der Abstimmung wurde das Statut einstimmig angenommen. Mit dem 1. Juli 1906 soll das Statut in Kraft treten und vom 1. Oktober ab der Parteisekretär seine Tätigkeit beginnen.

Die Willkürherrschaft der preußischen Polizei hat durch einen Entschluß des Regierungspräsidenten v. Höhler in Erfurt wieder einmal ihre bißliche Bestätigung gefunden. Die Erfurter Polizei "gestattete" die öffentliche Volkssammlung am 21. Januar nur unter der Bedingung, daß öffentlich in unserem Parteiblatt "Tribüne" bekannt gemacht wurde, daß Frauen und Mädchen vom Zutritt ausgeschlossen sind. Die Parteifrauen fügten sich zunächst dem ungesetzlichen Verlangen in der bestimmt Erwartung, daß eine Beschwerde bei der Regierung die Polizei in ihre geistlichen Schranken zwängen würde. Tatsächlich machten aus der Versammlung die Frauen auch fernbleiben, da die Entscheidung eines sofortigen Entscheides von der höheren Instanz wegen Kürze ihrer Zeit nicht mehr möglich war. Auf die dann einige Tage später abgesandte Beschwerde ist nun folgender Entschluß bezügl. Nichtauskühl eingegangen:

Auf die Beschwerde vom 27. v. Mz. erwidere ich Ihnen, daß ich es ablehnen muß, jetzt noch der Frage näher zu treten, ob die polizeiliche Anordnung wegen Fernhaltens der Frauen und Mädchen von der Versammlung am 21. Januar d. J. im Tivolihaus aufzuheben war oder nicht.

Der Regierungspräsident.  
v. Höhler.

Demnach untersteht das Erfurter Polizeiregiment tatsächlich keinerlei Nachprüfung durch die Regierung und kann sich nach Willkür und Laune austoben. Man könnte vermuten, daß der Herr Regierungspräsident eine Nachprüfung deshalb ablehnt, weil die Beschwerde erst einige Tage nach dem Verbot abgesetzt wurde; aber bekanntlich besteht in Preußen noch keine gesetzliche Bestimmung, bis zu welcher Stunde nach dem polizeilichen Willkürakt etwaige Beschwerden zulässig sind. Da demnach diese Vermutung unhaltbar ist, bleibt für den Nachbereich des Erfurter Regierungspräsidenten die Tatsache bestehen, daß die Polizei schalten und walten kann, wie es ihr beliebt. Sie braucht nur die eine Vorsicht zu üben, ihre Verbote und ungesetz-

lichen Beschränkungen so kurze Zeit vor den betreffenden Versammlungen zu erlassen, daß eine Beschwerde vor dem Stattfinden nicht mehr entschieden werden kann; dann lehnt es sich der Versammlung oder deren Termin der Regierungspräsident ab, „ist noch“ der Frage näher zu treten und die Gesetzesübertretung ist „gesetzlich“ geworden, die Willkürherrschaft sanktioniert. Gegen den Entschluß werden weitere Schritte unternommen werden.

Eine neue Staatsaktion hat die Dortmund der Staatsanwaltschaft eingeleitet. In der Druckerei der "Arbeiterzeitung" war auch ein Wahlrechtsslugblatt für den Oberhafen hergestellt worden, das am 14. Januar in Trier und anderen Orten zur Verbreitung gelangte. Als Verleger zeichnete der Genossen Hofrichter Köln, als Drucker der Genossen Gerisch. Bekanntlich erfolgte damals die Beschlagsnahme, aber schon bald wurde die Beschlagsnahme von den Amtsgerichten in Trier und Gummersbach wieder aufgehoben und die Flugblätter zur Verbreitung freigegeben. Nun sollte man die Angelegenheit füglich für erledigt halten. Aber weit gefehlt! Die Dortmund der Staatsanwaltschaft erhebt jetzt Anklage, weil die in Trier freigegebenen Flugblätter in Trier verbreitet worden sind! Und noch mehr: Die Klage richtet sich nicht gegen den Drucker Gerisch, sondern gegen den Geschäftsführer der "Arbeiterzeitung", Genossen Höller. Der Genossen Gerisch ist Reichstagabgeordneter und kann darum laut Artikel 31 der Reichsverfassung nicht zur Verantwortung gezogen werden. Nun nimmt sich der Staatsanwalt den Genossen Höller als Zeugen vor. Die Staatsanwaltschaft findet, daß das Flugblatt die Arbeiterschaft zum gewaltsamen Umsturz der bestehenden Ordnung auffordern wollte, daß es ähnliche Befürde herausbeschworen sollte, wie sie die Revolution in Russland gezeigt hat. Die Amtsgerichte — Trier und Gummersbach haben, wie schon gesagt, anders entschieden und das Flugblatt zur Verbreitung freigegeben. Wie die Dortmund der Staatsanwaltschaft dazu kommt, wegen Verbreitung eines seitgegebenen Flugblattes Anklage zu erheben, ist schwer zu verstehen. Aber in Dortmund ist eben vieles möglich. Man darf gespannt sein, wie die Geschichte ablaufen wird. Wenn den Absichten der Staatsanwaltschaft Folge geleistet werden sollte, so kann man in Zukunft noch nette Sachen erleben.

Unter neuem Kurs. Die "Freie Presse" in Elberfeld sieht sich in ihrer Sonntagsnummer zu folgender Erklärung genötigt: "Die nächste Nummer unseres Blattes kann nicht in vollem Umfang, sondern vorauflöslich nur vierseitig erscheinen. Schuld daran sind die 'hohen Herren von der Gerechtigkeit', die dafür gesorgt haben, daß am Montag früh von 9 Uhr ab die gesamte Redaktion, der Geschäftsführer und eine Anzahl Mitarbeiter vom technischen Personal am Bandgerüst beschäftigt" sind. Es handelt sich um zwei Anlässe. Ja dem einen Falle führt sich das städtische Fund-Regime beleidigt und hat Strafantrag gestellt; dieser Prozeß röhrt aus der Stadtverordneten Wahlbewegung her. Im zweiten Falle steht das konfisierte Wahlrechtsslugblatt unter Anklage. Zugleich bitten wir unsere Leser um Entschuldigung, falls die Montagsnummer verspätet erscheinen sollte. Mögen sie sich dadurch rächen, daß jeder der "Freien Presse" mindestens einen neuen Abonnement zuführt."

Totenliste der Partei. Unser Stuttgarter Bruderblatt meldet: Eine betrübende Nachricht ist dieser Tage aus der Schweiz zu uns gekommen: Der Parteigenosse Friedrich Hermann ist in der Nähe des Bierwaldstädtersees freiwillig aus dem Leben geschieden. Hermann war länger als ein Jahrzehnt eines der eifrigsten Agitatoren unserer Partei in Württemberg. Viele Jahre hat er in der Expedition der "Schwäbischen Tagwacht" der Partei gedient, bis er am 1. Oktober 1906 freiwillig ausschied, um als Teilhaber in das Geschäft eines Freundes in Neu-Ulm einzutreten. Herr-

Herr Landseer oder Herr Eich sagen: gehe zu den kleinen Grubenmädchen und mir deßgleichen!

Ein kleiner Trupp Bergarbeiter näherte sich einem Hause, das ein besseres Aussehen hatte als die übrigen und seinen Charakter durch ein in die Augen fallendes Wirtschaftsschild mit der "Aufgehenden Sonne" bezeichnete. Sie traten ein wie Leute, die es gewohnt waren und wurden mit etabliertem Lächeln und vielen artigen Worten von der Frau an dem Schrank empfangen, die freundlich fragte, was die Herren wünschten. Bald sahen sie in dem Schenkzimmer (taproom), und obgleich es nicht ganz leer war, doch auf ihren gewohnten Plätzen, denn man schien ihnen allgemein das Vorrecht von Stammgästen einzuräumen. Mit einem Stück Weißbrot (in England wird nur Weißbrot gegessen) in ihren schwarzen Händen und mit ihren grinsenden, schwarzen Gesichtern und Eisenbeinähnchen sahen sie wirklich wie ein Trupp Negersklaven aus, denen es erlaubt worden, sich ein Vergnügen zu machen. Die Männer mit Altkreis, die Befreiungen wurden angezündet; dann wurde es ruhig und der Bergmann, welcher der Führer zu sein schien und eine Art Präsidentensitz einnahm, legte die Befreiung weg und sagte:

"Es ist 'ne Tatsache, daß wir zu Tode getrakt (Anspielung auf das Trudsystem — Lohnzahlung in Waren statt in Geld) werden."

„Du hast Du sehr Recht, Nixon“, unterbrach ihn einer seiner Gefährten.

"Jedes Wort, was Du gesagt, ist ein Evangelium", sagte ein Zweiter.

"Über die Hauptfrage bleibt“, fuhr Nixon fort, „was sollen wir dagegen tun?“

"Ja gewiß", sagte ein Kohlengräber, „das ist die Hauptfrage.“

"Ja, ja", flüsterten viele bei, „das ist es.“

"Die Frage ist," sagte Nixon, indem er sich mit überlegter Miene umsah, „was ist Wahr? Ich sage, es ist

nicht Zucker, es ist nicht Tee, es ist nicht Speck. Ich glaube nicht, daß es ein Tafelgut ist, und ich weiß sicher, daß es keine Waffe ist.“

Ein allgemeines, zustimmendes Murmeln erklang.

"Kameraden," fuhr Nixon fort, "Ihr wisst, was sich ereignet hat. Ihr wisst, wie Juggins seinen Lohn nicht verlangte, nachdem sein Tommybuch (das Buch, in welches die Waren eingetragen wurden, die der Arbeiter unter dem Trudsystem nehmen mußte) aufgezählt war, und dieser eingeschworene Teufel Diggs ihn zwei Westen nehmen ließ. Nun entscheidet die Frage, was soll ein Kohlenarbeiter mit Westen tun? Wohl sie dem Schwiegersohn des Diggs verständen, der gleich neben dessen Laden wohnt, und den Bandzettel für sechs Pence (60 Reichspfennig) verkaufen? Nun, das ist die Frage, hältst fest an der Frage — die Frage ist, Westen und Tommy (Trudwaren); erst Westen und dann Tommy.“

"Ich habe die beiden vergangenen Monate die Woche ein Pfund verdient," sagte ein anderer, "aber so wahr ich lebe, ich habe noch nie das Bildnis der jungen Königin (geprägtes Geld) gesehen.“

"Und ich war gerötigt, für mein armes Weib den Doktor in Tommy zu bezahlen," sagte ein anderer. "Doktor, sagte ich, ich schaue mich es zu sagen, alles was ich bekommen habe, ist Tommy, und was wollen Sie lieber, Speck oder Nüsse?" "Nüsse, das Pfund zu zehn Pence," sagte er, "welchen ich für meine Magde zu sechs Pence kaufe! Doch, das tut nichts," sagt er, denn er ist ein durchaus humaner Mann, "ich will das Tommy nehmen, wie ich es finde.“

"Juggins soll seine Miete bezahlen und fürchtet die Kapitulation," sagte Nixon, "und er hat zwei Westen bekommen.“

"Außerdem," sagte ein anderer, "dem Diggs sein Tommyladen ist nur einmal die Woche offen, und wenn man nicht rechtzeitig da ist, dann hat man nicht Tage zu warten,

## Schill.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.  
Übersetzt von Natalie Liebnecht.

18 Fortsetzung.

Sie, auch diese kommen aus den Eingewinden der Erde! Kinder von vier und fünf Jahren, viele unter ihnen Mädchen, hübsch und noch sonst und schwärztern, betrat mit der Erfüllung sehr verantwortlicher Pflichten, deren Natur sie zwingt, die Ersten in der Grube zu sein. Ihre Arbeit ist an sich allerdings nicht schwer, denn das wäre nicht möglich, aber sie wird in Dunkelheit und Einsamkeit vollbracht. Sie erblicken jene Straßen, welche die philosophische Menschenliebe für die schwärzesten Verbrecher erfunden hat, und welche den Verbrechern grausamer scheint, als der Tod, an dessen Stelle sie getreten. Einsamkeit und Finsternis! Und Stunde um Stunde verfließt, und alles, was die kindlichen Dulden an die Welt erinnert, die sie verlassen, an die Welt, in welche sie eingetreten, — sind die vorbeiführenden Kohlenwagen, für welche sie die Lastträger der Gallerien zu öffnen haben, die dann sofort wieder zu schließen sind. Denkt davon, daß diese Türen beständig geschlossen sind, mit Ausnahme des Augenblicks, wo der Wagen durchgeht, hängt die Sicherheit der Mine und der darin beschäftigten Personen ab.

Sir Joshua Reynolds (ein berühmter Maler), ein Mann von Genie und ein höfischer und höflicher Künstler, war von den engelgleichen Flügeln der Lady Alice Gordon, als sie noch ein Kind war, so entzückt, daß er das himmlische Gesicht in verschiedenen Stellungen auf dieselbe Leinwand malte und so aus dem einen Gesicht eine Gruppe von himmlischen Gesichtern schuf — die Gruppe der Schöngel, wie man sie genannt hat.

Wir möchten einem der großen Meister der Gegenwart,

